

Liebe Leser:innen,  
 der Begriff „Identität“ hat Konjunktur wie kaum ein anderer – und ist umkämpft wie kaum ein anderer, hat er doch grundlegende Bedeutung für entgegengesetzte politische Motivationen erlangt: Dieser Ausgabe etwa, die sich dem Thema *Identitäten in den Migrationsgesellschaften* widmet und auf die identitätsbezogenen Problemlagen eingeht, die sich Menschen bei ihrem Versuch der Beheimatung in der deutschen Gesellschaft auftun, stehen kulturrassistische Kräfte wie die „Identitäre Bewegung“ gegenüber, die sich auf eine dezidiert deutsche oder „abendländische“ Identität berufen und diese von äußeren Einflüssen reinzuhalten suchen. In diesem Kampf hat der Ausdruck „Identitätspolitik“ eine weitgehend negative Konnotation erhalten, was sich vor allem daran zeigt, dass stets nur die Gegenseite bezichtigt wird, Identitätspolitik zu betreiben. Dass sich unverträgliche Positionen auf den gleichen Begriff beziehen, liegt zunächst an dessen Abstraktheit: Identität kommt vom lateinischen „idem“ und bezeichnet das, was zwischen verschiedenen Dingen dasselbe bleibt, also ein *Verhältnis*, gleichgültig zwischen welchen Dingen. In Bezug auf den Menschen bezeichnet es das Verhältnis des Individuums zu sich selbst oder genauer: die Reflexion auf die eigene *individuelle* Besonderheit aufgrund von Merkmalen, die nur an einem einzelnen Menschen auftreten und dessen Wesen besonders deutlich charakterisieren sollen. Auf dieser Ebene meint Identität ein Projekt der „Selbstfindung“. Zugleich ist aber die Rede von Identität als einer *kollektiv* geteilten Besonderheit aufgrund eines von mehreren Menschen geteilten Merkmals, das diese zu einer Einheit zusammenschließen soll. Diese kollektive Fassung von Identität birgt stets die Gefahr einer Vereinheitlichung von komplexen sozialen Gebilden. Nach innen suggeriert der kollektive Identitätsbegriff die Homogenität einer Gruppe, die tatsächlich aber in sich gegensätzlich strukturiert ist: So kann sich eine kollektive Identität „der Deutschen“ auf das Faktum der gleichen Staatsbürgerschaft beziehen, fasst aber kurzerhand eine durch lauter Antagonismen gekennzeichnete Gesellschaft zusammen. Nach außen definiert die kollektive Identität das „Andere“, markiert

## E D I T O R I A L

also Grenzen und damit das Jenseitige. So wird auch der Blick für Gemeinsamkeiten verstellt, die ja zumeist mit der ausstellenden Passbehörde wenig zu tun haben. Weiter kann sich die individuelle Identität aus mehreren kollektiven Identitäten zusammensetzen, die sowohl Zugehörigkeiten schaffen als auch in ihrer Kombination die Unverwechselbarkeit eines Individuums ausweisen sollen. Dass Stewart Hall (2004, 168 ff.) trotz aller Unklarheiten den Begriff *Identifikation* ins Spiel bringt, leuchtet ein, wenn dieser aus diskurstheoretischer Sicht fruchtbar gemacht wird – als Konstruktion, nicht als „Subsumption“, sondern als unabschließbarer „Prozess der Artikulation“, der „kontextabhängig, verankert in Kontingenz“ ist. Gegenwärtig ist die Tendenz zu immer individualistischer werdenden Identitäten zu beobachten: Werden in dem Beharren auf die eigene Einzigartigkeit zwar undurchlässige Kollektivierungen vermieden, erschwert sich damit zugleich die Mobilisierung von Solidarität – selbst da, wo eine schädigende sozioökonomische Rolle ganz reell geteilt wird. Auf der anderen Seite ist das Bekenntnis zu einer Identität häufig *Reaktion* auf eine äußere Diskriminierung, die zwar konkret persönlich betrifft, aber eben aufgrund einer kollektivierenden Abwertung durch die attackierende Partei. Als Kollektiv diskriminiert zu werden verlangt danach, sich als Kollektiv zur Wehr zu setzen. Hieraus ergibt sich ein schwer zu lösender Widerspruch: Das Kollektiv, das ursprünglich gar keines war, wird gerade *aufgrund* der Diskriminierung zu einem solchen, da es sich nur als solches verteidigen kann. Dabei werden die zugewiesenen Fremddefinitionen oft im Zuge einer eigenen Umwertung positiv gewendet: Zu einer Kategorie politischen Wirkens wird Identität erst, wenn ein Diskriminierungsmerkmal von innen her affirmiert wird und sich damit auch der Gefahr der Essenzialisierung aussetzt. Identitätspolitiken stehen daher in einem widersprüchlichen Kampf, insofern sie für soziale Anerkennung einer Identität eintreten, sich zugleich aber langfristig um die Zerstörung eben dieser Identität bemühen müssten, die nur unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen zu struktureller Benachteiligung führt.

Philipp Wulf / J.Georg Brandt